2005.SR.000168

Motion Reto Nause (CVP)/Christian Wasserfallen (JF)/Ueli Stückelberger (GFL): Zur Verwirklichung von E-Government und bürgernaher Verwaltung in Bern

Der Stadtrat hat die vorliegende Motion am 16. Februar 2006 erheblich erklärt:

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Behördenverkehr in der Stadt Bern auf die Erbringung umfassender e-Government-Dienstleistungen auszurichten. e-Government-Dienstleistungen sind bürgernah, kostengünstig und rund um die Uhr abrufbar.

Insbesondere muss das Angebot der Stadt folgende Dienstleistungen umfassen:

1. Einfache Bürger-Prozesse sind von A bis Z über das Internet-Portal der Stadt Bern abzuwickeln: Herunterladen und ausfüllen entsprechender Formulare, Bezahlung von Dienstleistungen via Internet, automatisierte Zustellung der gewünschten, rechtgültigen Dokumente.
2. Insbesondere gilt dies für: Die Bestellung von Parkkarten, Registrierung von Geburten und Hochzeiten, Niederlassungsausweise, Ehefähigkeitsausweise, elektronische Meldung von Fundgegenständen, Erstattung einer Anzeige usw.
3. Bestehende Software-Lösungen in anderen Gemeinden und Städten (z. B. Jona, Baden) sind – allenfalls adaptiert auf die Bedürfnisse Berns – zu implementieren. Auf kostspielige Eigenentwicklungen kann verzichtet werden.

Es wird heute unterschieden zwischen vier Stufen im Bereich des e-Government:

– Auf einer ersten Stufe bieten Internet-Portale der öffentlichen Hand Informationen zum Herunterladen an.
– Auf der zweiten Stufe können amtliche Formulare heruntergeladen werden.
– Auf der dritten Stufe können Formulare und Aufträge vollständig elektronisch abgewickelt werden.
– Auf der vierten Stufe schliesslich kann der gesamte Prozess inklusive eines Entscheids und der Abgeltung von Gebühren über das Portal der öffentlichen Hand erfolgen.

Die Stadt Bern bewegt sich heute mit ihrem Angebot noch weitgehend auf der ersten Stufe. Der Gemeinderat wird mit dieser Motion aufgefordert, das städtische Angebot umfassend und schnell auf das vierte Niveau anzuheben.

Bern, 23. Juni 2005

Motion Reto Nause (CVP)/Christian Wasserfallen (JF)/Ueli Stückelberger (GFL), Daniel Lerch, Daniel Kast, Christoph Müller, Hans Peter Aeberhard, Stephan Hügli-Schaad, Conradin Conzetti, Ueli Haudenschild, Jacqueline Gafner Wasem, Sibylle Burger-Bono, Dana Dolores, Anna Coninx, Conradin Conzetti, Barbara Streit-Stettler, Gabriela Bader, Eric Mozsa, Peter Künzler

Bericht des Gemeinderats

Der Stadtrat hat am 6. November 2014 einer Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2016 zugestimmt. Der Gemeinderat hatte die beantragte Fristverlängerung damit begründet, dass nach damaliger Einschätzung und unter Berücksichtigung der erforderlichen Ressourcen frühestens bis Ende 2016 mit einer Umsetzung der Motionsforderungen gerechnet werden könne. Dies entsprach auch der Laufzeit der E-Government-Strategie 2013 – 2016. Gleichzeitig zeigte der Gemeinderat in seinem Bericht vom 18. Dezember 2013 auf, wie die Forderungen der Motion erreicht werden sollen, namentlich auch mit der Schaffung einer neuen Programmleitung E-Government. Zudem befanden sich damals mehrere sogenannte «Leuchtturmprojekte» in der Planungsphase. In seiner Antwort vom 13. September 2018 auf die Interpellation Fraktion GLP (Patrick Zillig, GLP): E-Government-Strategie Stadt Bern – Stand der Umsetzung, hat der Gemeinderat im Detail aufgezeigt, welche Forderungen und Ziele der E-Government-Strategie bis zu diesem Zeitpunkt umgesetzt werden konnten.

Die Evaluation der E-Government-Strategie 2013 – 2016 zeigte, dass die Komplexität der Anforderungen und Projekte einen verstärkten Koordinationsbedarf hervorruft. Entsprechend der Empfehlung im Evaluationsbericht wurden aus diesem Grund die Bereiche E-Government und ICT in einer neuen Digitalstrategie Stadt Bern 2021 zusammengeführt, welche der Gemeinderat am 28. Februar 2018 verabschiedet hat.

Seither ist die Stadt Bern diverse Digitalisierungsprojekte angegangen oder hat solche umgesetzt. Namentlich zu erwähnen sind beispielsweise die verwaltungsinternen Projekte HR4you und Neue Digitale Zusammenarbeit (NDZ). Diese beiden Grossprojekte verfolgen unter anderem die Ziele, die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung in Bezug auf digitales Arbeiten zu befähigen und die Verwaltung entsprechend digital zu transformieren. Das wird als Grundlage dafür betrachtet, auch denjenigen Teil von E-Government weiterzuentwicklen, der Aussenwirkung entfaltet. Für Bürger*innen wurden ebenfalls einige Prozesse weitgehend digitalisiert, darunter auch «Leuchtturmprojekte» aus der E-Government-Strategie 2013 – 2016 wie die Bestellung von Parkkarten, die elektronische Meldung bei Wohnsitzwechsel (eUmzug) und die Onlineberechnung und -ausstellung von Betreuungsgutscheinen für Kindertagesstätten. Auch der Webaufritt der Stadt Bern erfuhr 2015/2016 einen Relaunch.

Zurzeit befindet sich eine neue Digitalstrategie 2030 in der Erarbeitung. Die konkrete Umsetzung der Strategie erfolgt über das städtische Digitalportfolio, welches über 200 Digitalisierungsprojekte umfasst. Nebst den genannten Programmen HR4you und NDZ sind folgende Programme wesentlich für die Umsetzung der Digitalstrategie 2030:

– BernPortal, mit dem der digitale Service public in den nächsten Jahren spürbar ausgebaut werden soll;
– Data Excellence, das sich auf datenfokussierte Aspekte konzentriert, welche für den digitalen Wandels zentral sind;
– Weiterentwicklung Schulinformatik-Plattform (WESP), womit eine zeitgemässe Lernumgebung an den städtischen Schulen etabliert wird. Für das Programm WESP nahmen die Stimmberechtigten in der Volksabstimmung vom 9. Februar 2025 einen Investitionskredit in der Höhe von Fr. 21 760 000.00 an.

Die Digitalstrategie 2030 wird verschiedenen Fakten Rechnung tragen müssen. Die Digitalsierung schafft jährlich neue Begriffe und neue Anforderungen an Methoden, Vorgehensweisen und Technologien. Gleichzeitig kommen laufend neue Forderungen seitens der Bevölkerung und der Wirtschaft hinzu. Digitalisierung und E-Government als Teil davon müssen deshalb als eine langfristige Entwicklung angesehen werden. Sie sind Bestandteil der stetigen Organisationsentwicklung. Das Fernziel einer durchgehend medienbruchfreien Abwicklung sämtlicher Verwaltungsprozesse kann

in vielen Bereichen erst in mehreren Jahren erreicht werden, weil dafür z. B. auch die Fachanwendungen in den Ämtern selbst ausgebaut oder abgelöst werden müssen. In nicht wenigen Verwaltungsabteilungen müssen die Prozesse selbst noch digitalisiert werden.

Digitalisierungsprozesse sind komplex und kontinuierlichen Veränderungen der Grundlagen unterworfen. Zudem benötigen diverse Projekte grosse finanzielle Ressourcen, was insbesondere dann viel Zeit braucht, wenn aufgrund der Höhe des Betrags eine Volksabstimmung nötig ist. Aus diesen Gründen ist eine «Fertigstellung» des E-Governments der Stadt Bern respektive ein Anheben des gesamten Angebots auf die vierte Stufe – wie in der Motion gefordert – zumindest in den nächsten Jahren nicht realistisch und wie oben ausgeführt grundsätzlich eher als stetiger Prozess zu verstehen. Gleichzeitig sind die Grundvoraussetzungen der Forderungen der Motion aus Sicht des Gemeinderats in groben Zügen erfüllt. Er beantragt dem Stadtrat deshalb, die Motion abzuschreiben.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die erheblich erklärte Motion abzuschreiben.

Bern, 13. August 2025

Der Gemeinderat